

Siebente Sitzung – Septième séance

Dienstag, 10. März 2015

Mardi, 10 mars 2015

08.00 h

14.402

Parlamentarische Initiative Büro-NR. Aufzeichnung und Auswertung der elektronischen Zugriffsprotokolle der Ratsmitglieder Initiative parlementaire Bureau-CN. Accès des députés à l'infrastructure informatique. Enregistrement et analyse des journaux d'accès

Erstrat – Premier Conseil

Nationalrat/Conseil national 10.03.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Büchler Jakob (CE, SG), für das Büro: Am 1. April 2012 ist eine Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes in Kraft getreten, welche die Bearbeitung von Personendaten regelt, die bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur anfallen. Gestützt darauf hat der Bundesrat am 22. Februar 2012 die Verordnung über die Bearbeitung von Personendaten, die bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes anfallen, erlassen. Das Gesetz und die Verordnung regeln, für welche Zwecke Randdaten aufgezeichnet und ausgewertet werden dürfen und wer für die Anordnung einer Auswertung zuständig ist.

Das Büro des Nationalrates will mit dieser Vorlage die Zuständigkeiten bei der namentlichen personenbezogenen Auswertung regeln; dies insbesondere für die Abklärung eines konkreten Verdachts auf Missbrauch der elektronischen Infrastruktur und für die Ahndung eines erwiesenen Missbrauchs nach der Verordnung über die Bearbeitung von Personendaten, die bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes anfallen. Grundsätzlich gelten die Bestimmungen der erwähnten Verordnung auch für die Bundesversammlung, dies gemäss Artikel 57q Absatz 3 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997.

Die Zuständigkeit im Bereich des Parlamentes soll neu in der Parlamentsverwaltungsverordnung vom 3. Oktober 2003 geregelt werden. Wer einen Missbrauchsverdacht hegt, soll Kontakt mit der oder dem Sicherheitsbeauftragten der Bundesversammlung aufnehmen. Dieser verfasst einen schriftlichen Bericht und holt die Einwilligung der betroffenen Person zur namentlichen personenbezogenen Auswertung ein. Dann beantragt der Sicherheitsbeauftragte bei der Betreiberin eine Auswertung der bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur angefallenen Daten. Stimmt die betroffene Person nicht zu, so muss für die Ratsmitglieder die Verwaltungsdelegation und für die Mitarbeitenden der Fraktionssekretariate der Fraktionspräsident die Auswertung bewilligen. Das Büro des Nationalrates wollte diese Thematik bereits im Rahmen der parlamentarischen Initiative 13.403, «Extranet. Zugang für Ratsmitglieder», vom 15. Februar 2013 regeln; sein Bericht datiert vom 8. November 2013.

Da sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 20. November 2013 gegen die Ausweitung der Zugriffe auf das Extranet ausgesprochen hatte, hat das Büro des Nationalrates am 14. November 2014 beschlossen, die ganze Vorlage zurückzuziehen und dem Rat nur noch die vom Bundesrat nicht bestrittenen Teile zu unterbreiten. Damit wurde diese bereits zuvor unbestrittene Thematik dem Bundesrat nochmals zur Stellungnahme vorgelegt.

Das Büro beantragt, dem Entwurf der parlamentarischen Initiative zuzustimmen.

Le président (Rossini Stéphane, président): Madame la chancelière de la Confédération renonce à prendre la parole.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

Verordnung der Bundesversammlung zum Parlamentsgesetz und über die Parlamentsverwaltung Ordonnance de l'Assemblée fédérale portant application de la loi sur le Parlement et relative à l'administration du Parlement

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag des Büros: BBI

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition du Bureau: FF

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.402/11 475)

Für Annahme des Entwurfes ... 125 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Le président (Rossini Stéphane, président): Je souhaite un excellent anniversaire à notre collègue Ada Marra! (*Applaudissements*)

14.066

Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen 2016–2019

Péréquation des ressources et des charges entre la Confédération et les cantons 2016–2019

Zweitrat – Deuxième Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 09.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 17.03.15 (Differenzen – Divergences)

Schwander Pirmin (V, SZ), für die Kommission: Der Bundesrat legt alle vier Jahre einen Bericht über den Vollzug und die Wirksamkeit des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen vor. Der Bundesrat hat den zweiten Wirksamkeitsbericht Mitte März 2014 verabschiedet. Der Bericht deckt die Jahre 2012 bis 2015 der laufenden Beitragsperiode ab, er gibt Aufschluss über die Erreichung der Ziele des nationalen